



Nr. 16

Berlin, 29. April 2009

## **Inhalt:**

7. Forum Personalvertretung – Heesen: „Wir müssen die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sichern“+++  
Verdienstorden: NRW-Ministerpräsident Rüttgers ehrt dbb Chef Peter Heesen+++  
Gespräch zum SPD-Wahlprogramm – Frank Stöhr: „Viel Übereinstimmung aber auch Dissens“+++  
Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: dbb tarifunion besteht auf verbessertes Arbeitgeber-Angebot+++

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtenbereich – BBW-Vorsitzender Stich: „Ein positives Signal!“+++  
Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte: BBB-Chef Habermann: „Endlich wird die Großbaustelle Arbeitszeit angegangen“+++  
Dreierpaket für Thüringer Beamte - tbb: „Unsere Argumente sind schlüssig!“+++  
Auszubildende in der Bundesverwaltung: VBOB-Chef Hans-Ulrich Benra fordert langfristige Perspektiven+++  
Festveranstaltung zum 100. Geburtstag: Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR) feierte in Berlin+++  
Tag der Arbeit am 1. Mai: DPoIG befürchtet schwerste Krawalle seit Jahren+++  
Ausbildungsplatzgarantie für alle? BLBS hofft auf mehr als ein Lippenbekenntnis+++  
Datenskandal bei der Bahn: GDL fordert zentrale Anlaufstelle+++

## **Namen und Nachrichten +++**

aktuell

Informationsdienst des dbb

## 7. Forum Personalvertretung – Heesen: Wir müssen die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sichern

**(dbb) Die Personalvertretung als unmittelbarste Form kollegialer Interessenvertretung im öffentlichen Dienst stehe in den kommenden Jahren vor wegweisenden Herausforderungen. Diese Grundaussage stand im Mittelpunkt der Ausführungen des dbb Bundesvorsitzenden Peter Heesen zur Eröffnung des 7. Forum Personalvertretung am 27. April 2009 in Berlin. „Die Überalterung der Beschäftigten, der massive Stellenabbau der letzten Jahre und die konstanten Geburtenrückgänge in Deutschland führen zu einer doppelten Schwierigkeit“, machte der dbb Chef vor Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Personalräteforums deutlich. „Einerseits müssen viele Stellen neu besetzt werden und andererseits nimmt gleichzeitig das Nachwuchsangebot auf dem Arbeitsmarkt ab,“ so Heesen weiter, „wir geraten in einen viel härteren Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um die fähigsten jungen Leute. Darauf müssen wir uns vorbereiten.“**

Der dbb Chef plädierte auch dafür, in dieser Situation und trotz Wirtschafts- und Finanzkrise auch „über Bedarf“ einzustellen. „Wir müssen jetzt reagieren, sonst ist die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in wichtigen Bereichen – von der Bildung, über die innere Sicherheit, bis zur EDV – in wenigen Jahren nicht mehr garantiert.“ Der Bundesvorsitzende des dbb lobte in seiner Rede ausdrücklich die sehr gute Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenministerium in Fragen des Dienstrechts, der Verwaltungsmodernisierung und der Personalvertretung und verwies in diesem Zusammenhang auf die Modernisierungsvereinbarung, die aktuellen Verhandlungen zum Gesundheitsmanagement und den regelmäßi-

gen Konsultationskreis zur Verwaltungsmodernisierung zwischen dem BMI, dem DGB und dem dbb beamtenbund und tarifunion. Auf dem traditionellen Forum Personalvertretung von dbb und dbb akademie, das unter dem Motto „Verwaltung im Wandel – Eine gemeinsame Herausforderung“ stand und wie schon in den vergangenen Jahren mit einem informativen Themenangebot aufwartete, waren am 27 und 28. April 2009 im dbb forum berlin rund 150 für die Personalvertretung Verantwortliche zusammengekommen, die sowohl der Arbeitgeberseite, als auch der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerseite angehören.  
(01/16/09)

## Verdienstorden: NRW-Ministerpräsident Rüttgers ehrt dbb Chef Peter Heesen

**(dbb) Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat den dbb Bundesvorsitzenden Peter Heesen am 22. April 2009 im Ständehaus in Düsseldorf mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet. In seiner Laudatio würdigte Rüttgers den dbb Chef als außergewöhnliche Führungspersönlichkeit. Seine Redegewandtheit sei ebenso anerkannt wie sein Teamgeist.**

Peter Heesen stehe als Philologe und in seiner Eigenschaft als ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Philologen Verbandes DPhV sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch anschließend auf Bundesebene für die hohe Qualität der gymnasialen Schulbildung, für den Beamtenstatus der Lehrer und für die Reform der Lehrerausbildung. Als Vorsitzender des dbb kämpfte er seit 2003 erfolgreich gegen Beamtenklischees und Besitzstandswahrer. Heesen habe

dabei wesentlich zu einer Verständigung zwischen der Bundesregierung, dem dbb und ver.di über ein neues Dienstrecht beigetragen.

Seit Stiftung des Landesordens im März 1986 wurde die Auszeichnung an 1300 verdiente Bürgerinnen und Bürger verliehen. Zu den Ausgezeichneten des Jahres 2009 zählen auch Walter Scheel und Franz Beckenbauer.  
(02/16/09)

## **Gespräch zum SPD-Wahlprogramm – Frank Stöhr: „Viel Übereinstimmung aber auch Dissens.“**

**(dbb) „Bei den allermeisten Themen haben wir ein hohes Maß an Übereinstimmung festgestellt.“ Mit diesem positiven Fazit bewertete Frank Stöhr, Zweiter Vorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion, am 28. April 2009 in Berlin ein Gespräch zwischen dem dbb und der SPD zum sozialdemokratischen Programm für die Bundestagswahl 2009.**

In den Bereichen Tarifautonomie, Mindestlohn, Mitbestimmung, öffentliche Daseinsvorsorge und Familienpolitik zum Beispiel lägen das SPD-Wahlprogramm und die dbb-Positionen dicht beieinander, erklärte Stöhr. Ein wesentlicher Dissens bestehe aber weiterhin beim Thema Bürgersozialversicherung. Stöhr: „Die SPD-Vorschläge greifen die eigenständigen Versorgungs- und Beihilfesysteme an und würden bei ihrer Umsetzung eine Aushöhlung des Beamtenstatus nach sich ziehen. Das ist für den dbb nicht akzeptabel.“ Außerdem wurde vom dbb angeregt, die Bedeutung eines leistungsfähigen Staates stärker hervorzuheben. „Eine verlässliche und stabile öffentliche

Infrastruktur ist gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise ein entscheidender Standortvorteil und ein stabilisierendes Element für Deutschland“, so Stöhr.

Für den dbb hatte neben Frank Stöhr unter anderen die stellvertretende Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann teilgenommen, die SPD-Delegation wurde von deren Vorsitzendem Franz Müntefering geleitet. Beide Seiten verabredeten, noch vor der Bundestagswahl im September zu einem weiteren Spitzengespräch zusammen zu treffen.  
(03/16/09)

## **Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: dbb tarifunion besteht auf verbessertes Arbeitgeber-Angebot**

**(dbb) Auch bei der dritten Verhandlungsrunde der dbb tarifunion zur Eingruppierung der Beschäftigten im Bereich Sozial- und Erziehungsdienst, die am 21. April 2009 in Berlin stattgefunden hatte, legten die Arbeitgeber von der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) kein neues Angebot vor.**

Die Arbeitgeberseite bekräftigte stattdessen ihre Forderung, Erzieherinnen und Erzieher grundsätzlich in EG 6 einzugruppieren und konkretisierte somit ihre in der letzten Verhandlungsrunde Ende März vorgelegten Überlegungen in einem Arbeitspapier. Die Verhandlungsdelegation der dbb tarifunion machte hingegen deutlich, dass eine Einordnung der Regeltätigkeit der Erzieherinnen und Erzieher in der EG 6 für sie nicht verhandelbar sei: „Die Überlegungen der VKA entsprechen in keinsten Weise dem gesellschaftlichen Bildungsauftrag der Erzieherinnen und Erzieher in Kitas und damit dem Anspruch an eine zukunftsfähige Eingruppierung im Bereich Sozial- und Erzie-

hungsdienst“, stellte Verhandlungsführerin Siglinde Hasse klar.

Begleitend zur letztlich erfolglos abgebrochenen dritten Verhandlungsrunde hatte die dbb tarifunion am 21. April 2009 in kommunalen Kitas unter dem Motto „Kleine Kinder – kleines Geld? Nicht mit uns!“ gemeinsam mit den Erzieherinnen und Erziehern eine Reihe von Protestaktionen durchgeführt und bei den Eltern um Unterstützung für die gewerkschaftliche Forderung nach besseren Arbeits- und Einkommensbedingungen geworben. Die kommende vierte Verhandlungsrunde wird Ende Mai 2009 in Berlin stattfinden.  
(04/16/09)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtenbereich – BBW-Vorsitzender Stich: „Ein positives Signal!“**

**(dbb) Als „positives Signal in wirtschaftlich angespannten Zeiten“, hat der Vorsitzende des BBW Beamtenbund Tarifunion, Volker Stich, die Ankündigung der Landesregierung bewertet, das Ergebnis der Verhandlungen zum TV-L zeit- und inhaltsgleich auf den Beamten- und Versorgungsbereich zu übertragen. Mit dieser Entscheidung, die Finanzminister Willi Stächele am 22. April 2009 im Gespräch mit BBW-Spitzenvertretern noch einmal bekräftigt hatte, nehme Baden-Württemberg im Ländervergleich bei der Besoldungsanpassung einen der vorderen Plätze ein, sagte der BBW-Chef nach der Unterredung mit dem Minister in Stuttgart.**

Nur sieben Länder (Bayern, Hamburg, Rheinland-Pfalz, das Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen) hätten inzwischen die 1:1-Übernahme des Tarifergebnisses beschlossen, resümierte Stich. Die Mehrzahl der Länder machten mehr oder weniger gravierende Abstriche: „So halbieren die Länder Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg den monatlichen Sockelbetrag, Berlin nimmt überhaupt keine Anpassung vor und einige Länder haben sich noch gar nicht festgelegt“.

Baden-Württemberg gewährt seinen Beamten im Jahr 2009 sowohl die Einmalzahlung von 40 Euro, den Sockelbetrag von ebenfalls 40 Euro vom 1. März 2009 an und ebenfalls vom 1. März 2009 an die Linearanpassung von 3 Prozent. Zum 1. März 2010 folgt dann die Linearanpassung von 1,2 Prozent. Versorgungsemp-

fängerinnen und Versorgungsempfänger erhalten die Beträge entsprechend ihrem Ruhegehaltssatz. Positiv ist die Entscheidung des Landes Baden-Württemberg, die nach dem Beamtenversorgungsgesetz vorgesehene Kürzung der Versorgungserhöhung nur jeweils einmal in den Jahren 2009 und 2010 vorzunehmen. Damit weiche das Land von Entscheidungen des Bundes und anderer Bundesländer ab. Für Beamtenanwärter erhöhen sich die Bezüge um 60 Euro zum 1. März 2009 und um 1,2 Prozent zum 1. März 2010.

Stich: „Zufrieden ist die Beamtenschaft aber auch wegen der bereits erfolgten Festlegung für 2010 und der Form der Übernahme auf die Versorgungsempfänger, wenngleich die Zusatzforderung des BBW nach einem Besoldungsplus noch nicht erfüllt ist.“  
(05/16/09)

### **Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte: BBB–Chef Habermann: „Endlich wird die Großbaustelle Arbeitszeit angegangen.“**

**(dbb) „Wir sind sehr erleichtert, dass die seit Jahren bestehende Gerechtigkeitslücke geschlossen wird. Das war längst überfällig!“, mit diesen Worten reagierte der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), Rolf Habermann, am 23. April 2009 auf die Ankündigung der Landesregierung, die 2004 eingeführte 42-Stunden-Woche für die bayerischen Beamtinnen und Beamten „schnellstmöglich rückgängig“ zu machen. „Wir begrüßen, dass die Zusage zur Prüfung der Rücknahme, die uns Ministerpräsident Horst Seehofer und Finanzminister Georg Fahrenschon bereits im Spitzengespräch Ende März gegeben haben, jetzt so schnell umgesetzt werden soll. Damit wird endlich der Giftzahn der Ungleichbehandlung gezogen!“, freute sich Habermann.**

Inbesondere wegen der Ungleichbehandlung mit anderen Beschäftigtengruppen des öffentlichen Dienstes hätten sich die bayerischen Beamtinnen und Beamten, die im Vergleich bis

zu zwei Stunden länger arbeiten müssen, nie mit der 42-Stunden-Woche abfinden können, resümierte der BBB-Chef. Dies umso mehr, als sie bereits seit 1994, bei Einführung der 40-

Stunden-Woche, eine höhere Wochenarbeitszeit als ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarfbereich und fast allen anderen Bundesländern sowie dem Bund hatten.

„Neben der jüngst erfolgten Besoldungsanpassung und Weiterführung der Altersteilzeitregelungen würde die geplante Rücknahme der 42-Stunden-Woche eine weitere Anerkennung der hervorragenden Leistungen der bayerischen Beamtinnen und Beamten darstellen“, sagte Habermann und erinnerte zugleich daran, dass

der BBB seine jahrelangen Bemühungen um die Rücknahme der 42-Stunden-Woche in den letzten Monaten in zahlreichen Gesprächen mit Staatsregierung und Landtagsfraktionen nochmals verstärkt habe: „Die letzten positiven Reaktionen haben gezeigt, dass Staatsregierung und CSU-Landtagsfraktion die Zeichen der Zeit erkannt haben und offensichtlich zu einer Umkehr ihrer bisherigen Haltung zur Arbeitszeit bereit sind.“

(06/16/09)

### **Dreierpaket für Thüringer Beamte - tbb: „Unsere Argumente sind schlüssig!“**

**(dbb) Mit einem „Dreierpaket“, das aus Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei gleichzeitiger Rückkehr zur 40-Stunden-Woche und einer Verlängerung der Altersteilzeit-Regelung besteht, will der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen die bei vielen, erst nach der Wende verbeamteten, Landesbeschäftigten zwischen Pensionierung und dem tatsächlichen Erreichen des Rentenalters klaffende Versorgungslücke schließen. „Unsere Argumente sind schlüssig. Wir sind zuversichtlich, bei der Landesregierung auf offene Ohren zu stoßen, da sie eine besondere Fürsorgepflicht gegenüber ihren Beamtinnen und Beamten hat“, sagte der stellvertretende tbb-Vorsitzende Burkhard Zamboni am 28. April 2009.**

Bei nach der Wende verbeamteten Beschäftigten des Freistaates Thüringen, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen werden, setzt sich die Altersversorgung aus Rente und Versorgungsbezügen zusammen. Da die Regelaltersgrenze schrittweise bis auf die Vollendung des 67. Lebensjahres angehoben, der Beamte nach gegenwärtiger Rechtslage aber bereits mit 65 Jahren pensioniert wird, bleibt ihm für den Zeitpunkt bis zum Rentenbezug häufig nur die Mindestversorgung. Das ist eine Versorgung am Existenzminimum. Um diese Versorgungslücke zu vermeiden, befürwortet der tbb eine Anhebung des Pensionsalters parallel zur Regelaltersgrenze.

Diese Verlängerung der Lebensarbeitszeit ließe sich ausgleichen, wenn die Arbeitszeit zugleich von derzeit 42 auf 40 Stunden gesenkt würde: „In 40 Jahren arbeitet jemand mit 42-Stunden-Woche etwa 3500 Stunden mehr als derjenige mit 40-Stunden-Woche; bei einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit analog dem Rentenrecht bis zum 67. Lebensjahr werden bei einer 40-Stunden-Woche ebenfalls etwa 3500 Stunden mehr geleistet. Die geringere Wochenarbeitszeit bei einem vom tbb geforderten Zurück zur

40-Stunden-Woche würde also durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit kompensiert und gleichzeitig eine Versorgungslücke vermieden“, heißt es in einer aktuellen Mitteilung des tbb.

Da es aber weder für den Dienstherrn, noch für den Beamten in allen Fällen zumutbar sei, erst mit 67 Jahren ausscheiden zu können, hält der tbb eine Fortsetzung von Altersteilzeit für Beamte über den 31. Dezember 2009 hinaus als dritten Teil des Pakets für dringend erforderlich.

„Was den Bayern recht ist, muss den Thüringern billig sein“, bekräftigt tbb-Chef Helmut Liebermann. „In Bayern wird die 42-Stunden-Woche für Beamte auf 40 Stunden reduziert, und eine neue Altersteilzeitregelung für Beamte wird ab dem 1. Januar 2010 eingeführt.“ Zudem, so Liebermann, gehörten die Thüringer Beamtinnen und Beamten bundesweit zu den wenigen und seien in den neuen Ländern sogar die einzigen, für die gegenwärtig noch die 42-Stunden-Woche gilt.

(07/16/09)

## **Auszubildende in der Bundesverwaltung: VBOB-Chef Hans-Ulrich Benra fordert langfristige Perspektiven**

**(dbb) Der Verband der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) hält es für dringend erforderlich, Nachwuchskräften im Anschluss an ihre Berufsausbildung in den Bundesbehörden wenigstens über längerfristige Zeitverträge eine Chance auf Weiterbeschäftigung zu bieten. „Die Auswirkungen des demografischen Wandels werden sich in den kommenden Jahren deutlich bemerkbar zeigen. Bereits 2020 liegt das Durchschnittsalter in den Verwaltungen des Bundes deutlich über dem 55. Lebensjahr“, machte VBOB-Chef Hans-Ulrich Benra am 28. April 2009 auf dem 7. Forum für Personalvertretungsrecht des dbb in Berlin deutlich.**

Auch im Augenblick, mitten in der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929, sei es zur Sicherung von Beschäftigung im demografischen Wandel unerlässlich, sich personalwirtschaftlich klug zu verhalten, so Benra. „Durch antizyklische Einstellungspolitik könnte der öffentliche Dienst im Bund sich ohne Not vorbildlich zeigen: Das gilt in besonderem Maße im Rahmen der großen Projekte zur Verwaltungsmodernisierung, wie zum Beispiel beim Auf- und Ausbau von Kompetenz- und Dienstleistungszentren.“

Wenn diese neuen Dienstleistungszentren effektiv arbeiten sollen, müsse ihre Ausstattung sowohl personell, als auch finanziell von

Anfang an gesichert werden, ergänzte der VBOB-Bundesvorsitzende. Das gelte auch, „wenn alle standardisierbaren bündelungsfähigen Aufgaben einer Zentralabteilung in die Dienstleistungszentren verlagert werden.“ „Dann muss auch die Ausbildung junger Menschen in den Ausgangs- und den Dienstleistungsbehörden weiterhin gesichert werden. Hinzu kommt, dass überzogene Einsparvorstellungen bei der Aufteilung personeller Effizienzrenditen den Projekterfolg massiv gefährden. Das trägt ganz bestimmt nicht zu einer zukunftsorientierten Beschäftigungssicherung im öffentlichen Dienst des Bundes bei.“  
(08/16/09)

## **Festveranstaltung zum 100. Geburtstag: Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR) feierte in Berlin**

**(dbb) Mit einer Festveranstaltung hat der Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR) am 23. April 2009 in Berlin sein 100-jähriges Bestehen gefeiert. Zu den prominenten Gästen der Jubiläumsfeier unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Horst Köhler zählten unter anderem der parlamentarische Staatssekretär Alfred Hartenbach und Ministerialrat Harald Reichenbach (beide Bundesjustizministerium), die Bundestagsabgeordneten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Mechthild Dyckmanns, Joachim Stünker und Karl-Christian Dressel, die Berliner Justiz-Senatorin Gisela von der Aue sowie der rheinland-pfälzische Justizminister Heinz Georg Bamberger.**

Justizstaatssekretär Hartenbach stellte in seiner Ansprache den historischen Weg des Bundes Deutscher Rechtspfleger dar und zeigte sein Bedauern über die fehlende Umsetzung der Aufgabenübertragung in den einzelnen Bundesländern, die seit 2004 durch das 1. Justizmodernisierungsgesetz möglich sind. Bundeskanzlerin Angela Merkel skizzierte in ihrem Grußwort die bemerkenswerte und fast einzigartige Entwicklung des Rechtspflegerberufes: „Er ist aus unserer heutigen Justizlandschaft nicht mehr wegzudenken.“

Andreas Schmidt, der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, betonte, die Rechtspfleger würden zu Recht als zweite Säule der dritten Gewalt bezeichnet. „Der deutsche Rechtsstaat lebt nicht nur von einer kompetenten Gesetzgebung, sondern ist insbesondere auch auf eine effektive Umsetzung des Rechts angewiesen. Diese Aufgabe ist bei Ihnen in den allerbesten Händen.“ Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder würdigte den täglichen Einsatz der Rechtspfleger für den Rechtsfrieden und wies besonders auf die Notwendigkeit gut

ausgebildeten Nachwuchses hin. Gregor Gysi, „Die Linke“-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, dankte für die unermüdliche Arbeit und sagte dem BDR Unterstützung bei der Forderung nach einer gesetzlich geregelten Geschäftsverteilung zu.

Der 1909 in Nürnberg gegründete BDR blickt auf eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte zurück. Seine Zielsetzungen beschränkten sich von Beginn an nicht nur auf standespolitische Verbesserungen, sondern behielten auch die Gestaltung des Rechts und die Verbesserung der Rechtspflege im Blick. Ein wichtiges Anliegen war auch die Fortbildung, deren Bedeutung sich in der eigenen rechtswissenschaftli-

chen Zeitschrift „Der Deutsche Rechtspfleger“ manifestiert.

Heute sind Rechtspfleger in keiner Abteilung des Gerichts mehr wegzudenken. Der BDR setzt sich für die Umsetzung weiterer Aufgabenübertragungen ebenso ein, wie für die Gewinnung hochqualifizierten Nachwuchses, der auch in Zukunft die zuverlässige und verantwortungsbewusste Erledigung der täglichen Arbeit an den Gerichten und Staatsanwaltschaften sicher stellt. Auf dem europäischen Parkett engagiert sich der BDR in der Europäischen Union der Rechtspfleger.  
(09/16/09)

## Tag der Arbeit am 1.Mai: DPolG befürchtet schwerste Krawalle seit Jahren

**(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) befürchtet bei den Demonstrationen zum 1. Mai die schwersten Krawalle seit Jahren. „In vielen Städten werden gewaltbereite Neonazis und Autonome versuchen, den Tag der Arbeit für Randalen und Straßenschlachten zu missbrauchen“, sagte DPoIG-Chef Rainer Wendt der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 29. April 2009). Die Gangart beider Gruppen habe sich zuletzt erheblich verschärft. „Wir müssen gerade in Großstädten mit dem Schlimmsten rechnen“, warnte Wendt.**

Nach Einschätzung des Polizeigewerkschafters wird die Situation in der Hauptstadt besonders eskalieren: „In Berlin droht am 1. Mai der Polizei-Notstand.“ Die Stadt habe bundesweit 46 Hundertschaften als Hilfe angefordert, um die Lage in den Griff zu bekommen. Bisher seien aber nur elf Einsatzverbände zugesagt worden, weil die anderen Bundesländer ihre Polizisten am Tag der Arbeit selbst dringend benötigten.

„Unter dem Strich fehlen Berlin am 1. Mai also etwa 4000 angeforderte Polizisten“, rechnet Wendt. In Berlin müsse nun die „allerletzte Reserve“ mobilisiert werden. „Polizisten, die kurz vor der Pensionierung stehen, werden ohne jedes Training in einen hochgefährlichen Einsatz geschickt“, kritisierte der DPoIG-Bundesvorsitzende.  
(10/16/09)

## Ausbildungsplatzgarantie für alle? BLBS hofft auf mehr als ein Lippenbekenntnis

**(dbb) Der Bundesvorsitzende des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), Berthold Gehlert, hofft, dass die am 22. April beim Gipfel zur wirtschaftlichen Lage auf Druck der Kanzlerin von den Wirtschaftsverbänden geleisteten Zusagen, in diesem Jahr jedem Lehrstellenbewerber einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, auch in die Tat umgesetzt werden. „Besonders freut uns dass diese Zusage auch für die Altbewerber gelten soll, die sich in den vergangenen Jahren vergeblich um eine Lehrstelle bemüht haben,“ sagte Gehlert am 24. April 2009.**

Dennoch sei Skepsis angebracht, ob die Wirtschaft der nachdrücklichen Aufforderung der Kanzlerin, den Verpflichtungen aus dem Ausbildungspakt nachzukommen und in diesem

Jahr tatsächlich mehr als 600.000 Ausbildungsplätze anzubieten, tatsächlich Folge leisten wird: „Lippenbekenntnisse sind in der gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Situati-

on fatal, jetzt gilt es, wieder Vertrauen herzustellen. Und daher ist es ganz besonders wichtig, den Aussagen führender Vertreter der Wirtschaftsverbände trauen zu können“, stellte der BLBS-Bundesvorsitzende klar.“

„Die Wirtschaft benötigt – das bestätigen alle Prognosen – nach dem Ende der Rezession bestens ausgebildete, hochqualifizierte Fachkräfte auf allen Ebenen. Jetzt besteht die beste Möglichkeit, hier vorsorgend tätig zu werden und möglichst allen Jugendlichen eine Lehrstelle anzubieten“, so Gehlerts Appell. „Die

beruflichen Schulen sind bestens gerüstet, ihren Part bei der dualen Ausbildung zu übernehmen, um diese hochqualifizierten Fachkräfte auszubilden!“

Nach Einschätzung des BLBS werden sich 2009 aufgrund des Geburtenrückgangs vor allem in den ostdeutschen Bundesländern fünf Prozent weniger Bewerber um eine Lehrstelle bemühen, während bundesweit noch immer etwa 50 Prozent Altbewerber ohne Ausbildungsplatz sind.

(11/16/09)

## Datenskandal bei der Bahn: GDL fordert zentrale Anlaufstelle

**(dbb) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hält es für unabdingbar, dass zur Unterstützung der Arbeit der Sonderermittler im Bahn-Datenskandal, Hertha Däubler-Gmelin und Gerhart Baum, eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet wird, an die sich Beschäftigte wenden können, die über mögliche Informationen zu diesem Sachverhalt verfügen. „Viele Beschäftigte der Deutschen Bahn haben nach wie vor Angst, zur Aufklärung des DB-Datenskandals beizutragen. Sie befürchten persönliche Repressalien bis hin zu arbeitsrechtlichen Konsequenzen“, sagte der GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky am 24. April 2009 in Frankfurt.**

Zugriff auf die bei der zentralen Anlaufstelle eingehenden Informationen dürften dann ausschließlich die Sonderermittler haben, so Weselsky weiter, „die eingehenden Informationen sind in die Berichterstattung der Sonderermittler gegenüber dem Aufsichtsrat einzubeziehen.“ Zudem müsse den Beschäftigten absolute Vertraulichkeit und der Schutz vor persönlichen oder arbeitsrechtlichen Konsequenzen zugesichert werden.

Weselsky: „Das von Mehdorn unter dem Deckmantel angeblicher Korruptionsbekämpfung geschaffene System der Angst, getreu dem Motto: 'Wer nicht für uns ist, ist gegen uns', muss gebrochen und ein für alle Mal beendet werden“. Die GDL fordere den Aufsichtsrat daher auf, dafür Sorge zu tragen, dass diese zentrale Anlaufstelle bei den Sonderermittlern eingerichtet wird.

(12/16/09)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Der dbb berlin hat den Senat erneut aufgefordert, unverzüglich Verhandlungen über den Abbau des Besoldungsrückstandes aufzunehmen. „Die unbegründete Verweigerung dieser Verhandlungen durch den Regierenden Bürgermeister stößt auf unser absolutes Unverständnis“, empörte sich der Landesvorsitzende des dbb berlin, **Joachim Jetschmann** am 24. April 2009. „Der erhebliche Besoldungsrückstand bei den Grundgehältern und anderen Bestandteilen der Dienstbezüge sowie nach den Gehaltskürzungen seit 2003 ist für den dbb berlin nicht länger hinnehmbar“, machte Jetschmann deutlich.

Der Bundesvorsitzende der Verkehrsgewerkschaft GDBA, **Klaus-Dieter Hommel**, hat die Beschäftigten der Deutschen Bahn aufgefordert, tatkräftig an der Aufklärung des Datenskandals bei der Deutschen Bahn mitzuwirken. Dabei brauche niemand Repressalien zu befürchten: „Alle relevanten Informationen können vertraulich an die Ansprechpartner der Verkehrsgewerkschaft GDBA und der TRANSPORTNET oder an die vom Aufsichtsrat beauftragten Anwälte weitergegeben werden“, sagte Hommel am 28. April 2009 in Frankfurt.

(13/16/09)